

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Anwesende,

auch dieses Jahr war es kein Vergnügen, sich mit dem Haushalt zu beschäftigen.

Bund und Land lassen uns im Stich.

Sie verordnen uns neue Aufgaben, sind aber nicht bereit, entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Das sog. Konnexitätsprinzip in NRW findet sich im Artikel 78 der Landesverfassung wieder. Es soll den Kommunen einen Ausgleich erstatten, wenn neue Aufgaben übertragen werden, die zu erheblichen Mehrbelastungen führen. Macht man aber nicht.

Bestes Beispiel ist der eingeführte Rechtsanspruch auf Ganztage in den Grundschulen. Den gibt es nicht umsonst und kostet uns viel Geld.

Steigende Bau-, Energie-, Personal- und Sozialkosten tun ihr Übriges. Die Inflation trägt ebenso ihren Teil bei.

Um dann nicht in die Haushaltssicherung zu kommen, die uns jeden Handlungsfreiraum berauben würde, haben wir den vom Land erlaubten sog. Globalen Minderaufwand von 2 % nutzen müssen.

Das entlastet zwar die Schulden im Haushalt um 1,6 Mill Euro. Aber es ist nur ein Rechentrick, den das Land eingeführt hat, damit weniger Kommunen in die Haushaltssicherung geraten. Das Geld fehlt uns trotzdem.

Leider fehlt uns auch ein Drittel der Stadtfläche. Dieses Drittel wird seit Jahrzehnten vom Tagebau blockiert und entspricht ca. 3800 Fußballplätze.

Das Land hat den Tagebau gewollt. Was bekommen wir als Schadenersatz? Nichts außer Dreck und Lärm.

Die Flächen, die wir in Konkurrenz zu Nachbarkommunen zur zusätzlichen Wohnbebauung und Gewerbeentwicklung in den letzten 30 Jahren hätten nutzen können, mussten wir den Umsiedlern zur Verfügung stellen, was ihnen natürlich gegönnt ist.

Und dann hat RWE die Verfüllung des Restloches auch noch 10 Jahre verzögert. Dazu kommen weitere 10 Jahre, da verfüllte Böden ruhen und sacken müssen, bevor man sie bebauen kann.

Das der Tagebau negative Folgen für unseren Haushalt und die Stadtentwicklung hat, ist Fakt.

Und dann zahlt RWE für die Tagebauflächen nur die billigste Grundsteuer, nämlich die Grundsteuer A, die für Land- und Forstwirtschaft gilt.

Grundsteuer B und Gewerbesteuer für möglich gewesene Betriebe entgehen uns seit Jahrzehnten.

An Gewerbeflächen und damit verbundene Einnahmen mangelt es uns seit langem.

Im November 2020 war im Top-Kurier zu lesen, dass Jüchen und Grevenbroich die Entwicklung des Gewerbegebietes Elsbachtal vorantreiben. Mit einer Bebauung sei ab 2022/23 zu rechnen und Unternehmen könnten ab 2024 ihren Betrieb aufnehmen. Dem ist in keinsten Weise so. Also wieder ein finanzieller Nachteil.

Das Thema der finanziellen Absicherung von Ewigkeitskosten für Folgeschäden durch den Tagebau hat die FWG oft angesprochen, aber es gibt weiterhin keine Lösung. Wir bitten den Bürgermeister, in der nächsten Ratssitzung einen aktuellen Sachstand mitzuteilen. Tagebaufolgeschäden können uns irgendwann teuer zu stehen kommen. Das gilt auch für die Trinkwasserversorgung.

Leider verlieren wir viel Geld, weil der Ausbau des Schulzentrums um Jahre verzögert wurde und die Kosten mittlerweile massiv gestiegen sind.

Wir haben schon 2015 die Zusammenlegung der Gesamtschule gefordert. Erst 2020 hat man es dann beschlossen.

2023 wurde nach wiederholtem Drängen der FWG der Ausbau an der Stadionstr. beschlossen und 2025 mit den Arbeiten begonnen. Die Kosten sind in den vergangenen Jahren leider explodiert.

Vorteile und Erträge haben wir uns von der Gründung der „Genossenschaft Jüchener Wohnen“ versprochen. Zum Erwerb von Geschäftsanteilen haben wir vor Jahren Grundstücke von 1040 qm zum Bilanzwert von 172.000 Euro und noch 330.000 Euro für den Abriss eines Gebäudes in die Genossenschaft eingebracht.

Herr Bürgermeister, es scheint dringend geboten, die Genossenschaft mal genauestens unter die Lupe zu nehmen.

Sie hat noch keine einzige Wohnung errichtet.

2024 erzielte das Hallenbad Jüchen Eintrittsgelder in Höhe von 24.000 Euro. So ist es im Haushaltsentwurf aufgeführt.

Für 2026 werden 16.000 Euro mehr eingeplant. Bei 3,60 Euro für einen Erwachsenen müssten ca 4400 Erwachsene mehr ins Bad kommen. Da lassen wir uns mal überraschen.

Geld verschenken wir durch die seit Jahren brachliegende Fläche des alten Sportplatzes in Hochneukirch.

Wir, die FWG, waren Ende 2024 die Ersten, die das angemahnt haben und einen Antrag für eine neue Nutzung gestellt haben.

Wir waren auch die Ersten, die einen Neubau und eine ständig besetzte Polizeiwache gefordert haben. Erstmals in unserer Haushaltsrede im Dezember 2017. Ich will da heute nicht weiter drauf eingehen, aber uns hat das Gefühl beschlichen, dass unsere Landrätin uns bei dieser Problematik im Stich lässt.

Wir, die Stadt Jüchen, wollen unsere eigene Polizei.

Herr Bürgermeister, auf der Homepage von Rommerskirchen ist zu lesen, dass Sie vereinbart haben, verstärkt nach Wegen zu suchen, um durch gemeinsame Projekte und abgestimmte Prozesse Kosten zu sparen und Energien zu nutzen.

Wir sind gespannt, denn für unsere künftigen Haushalte wäre das von Vorteil. Wobei wir natürlich auch noch andere Nachbarkommunen haben, wo man nachhaken kann.

Ein Dank geht an die vielen Ehrenamtler, an die Sportvereine und Schützenbruderschaften, die Feuerwehr, den Rettungsdienst und alle, die das Leben in unserer Stadt mitgestalten.

Fakt ist auf jeden Fall:

Es gab intensive Haushaltsbesprechungen, es wurde getan was möglich ist.

Ob es gelingt, in Zukunft Steuererhöhungen zu vermeiden, wird sich zeigen, zumal die überregionale Politik dafür nichts Gutes verheißt.

Dem Haushalt 2026 werden wir heute zustimmen.

Gerolf Hommel, FWG-Fraktion